

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellen monatlich 4 Mk., durch unsere Vertreter gegen Einzahlung monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Poststellen sowie unsere Abonnenten und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieges oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Zahlung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 50 Pfa. für die 6-spaltige Streifenzeile über deren Raum, Laubzüge 20 Pfa., Adressen 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Ermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Streifenzeile 2.50 Mk., Nachmittags-Beilage 50 Pfa., Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr, für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anfragen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschreiber ist ersucht, wenn der Bezug durch Krieg eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruhestand gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 230.

Dienstag den 5. Oktober 1920.

79. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Die Geschäftszeit der unterzeichneten Behörde

ist vom 4. Oktober d. J. ab für Montag bis Freitag auf 8 bis 1, 1/2, 3 bis 6 Uhr und für die Sonnabende durchgehend von 8 bis 1/2 Uhr festgesetzt worden. Kassenstempel täglich 1/2 Uhr mittags.

Finanzamt Meißen, Schloßberg 9.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Übernahme der Wasserstraßen auf das Reich, die für den 1. Oktober geplant war, ist verschoben worden, weil die Ausschleissarbeiten mit den in Betracht kommenden 14 Einzelstaaten noch nicht beendet sind.

\* Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird erklärt, daß an die Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres ernstlich niemals gedacht worden ist.

\* Der Prozeß gegen die Nordburger Studenten, der am 18. Oktober in Kassel stattfinden sollte, ist auf Mitte November verschoben worden.

\* Die österreichische Nationalversammlung beschloß einstimmig, innerhalb von sechs Monaten eine Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland vorzunehmen.

\* Der neue deutsche Botschafter für Italien, v. Berenberg-Göller, ist in Rom eingetroffen und hat die Dienstgeschäfte übernommen.

### Spaltung in der Entente!

#### Frankreichs Trennung von England.

Der Sonderberichterstatter der „Daily Chronicle“ auf der Brüsseler Finanzkonferenz knüpft an die Rede des amerikanischen Delegierten auf der Konferenz, Bonden, daß „enfant terrible, nach dem die Franzosen und andere mit der Britische Kräfte“, Betrachtungen an, die Beachtung verdienen, da das Wort Bonden nahesteht.

Der Berichterstatter schreibt, alle Anstrengungen seien gemacht worden, um die Finanzkonferenz in Abwand von den tiefsten Ursachen der Krankheit Europas zu halten und sie zu einem höchsten und die besten Zusammenreffen wirtschaftlicher Kräfte zu machen, die alles täten, nur nicht dem Patienten die reine Wahrheit sagen, und die Operation nicht bezeichnen wollten, die sofort notwendig sei. England könne es sich nicht leisten, sich die wesentlichen Ursachen der schwierigen Lage Europas noch länger zu verhehlen. Frankreich habe sich von England getrennt. Es bestehe nicht nur eine Spaltung in der Entente, für wichtigere Zwecke bestehe die Entente selbst kaum noch.

Weiter wird in dem Aufsatz erregenden Artikel dargestellt, daß man ursprünglich auf der Konferenz die Frage habe erörtern wollen, wie die deutsche Entschädigung greifbar gemacht werden könne, und daß in Spa Bond George „einen heidenhaften Versuch“ gemacht habe, die Grundlage zu finden, auf der die Gesamtschuldengrundsumme in kurzer Zeit festgelegt werden könnte, und, nachdem ihm dies nicht gelungen war, zu diesem Zwecke ein neues Zusammenreffen mit den Deutschen in Genf vorgeschlagen habe. Millerands Weigerung, schreibt der Berichterstatter, sei an sich schon ein abier Schlag gewesen, der jedoch durch das, was sie einschloß, noch schlimmer wurde. Als antwortete, daß Frankreich auf seiner Weigerung, nach Genf zu gehen, bestehe, sei die Frage entstanden, ob die Finanzkonferenz nicht lieber aufgegeben werden sollte. Jetzt seien keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß Frankreich nachgeben werde. Die Darlegung Bondens, daß die Sieger den Besiegten entgegenkommen und ein fester Friede und eine wirkliche Einigung zustandekommen müßten, die Amerika Hilfe leisten könnte, sei ein Kommentar zu den bestehenden Tatsachen gewesen. Der Berichterstatter schließt: „Die Vermählung des Völkerbundes findet Mitte November statt. Man darf fragen, ob die britischen Delegierten, wenn unsere Freunde in Paris dann noch immer unversöhnlich sind, nicht ähnlich wie Bonden sprechen sollten.“

### Togo und Kamerun.

#### Rechtswidrige Pläne Frankreichs.

Die Zeitungsnachrichten, daß Frankreich die ehemaligen deutschen Schutzgebiete Togo und Kamerun zu annektieren beabsichtige, sind von den deutschen Nationalen Mitgliedern des Reichstags, Baurerren und Berndt, zum Gegenstand einer Anfrage an die Reichsregierung gemacht worden. Hierzu wird jetzt halbsamtlich erklärt:

„Die Reichsregierung kennt die fraglichen Zeitungsnachrichten und verfolgt sie auf das genaueste. Sie wird sich verständlich kein Mittel anerkennen lassen, auf die Einhaltung der Bestimmungen im Artikel 22 des Friedensvertrages hinzuwirken. Die deutsche Regierung kann jedoch nicht annehmen, daß die französische Regierung angesichts des klaren Wortlauts des Vertrages mit der Absicht umgehen oder damit durchdringen könnte, die früheren deutschen Kolonien Togo und Kamerun zu annektieren. Eine solche mit dem Versailler Vertrag nicht im Einklang stehende Maßnahme, der die Reichsregierung ihre Anerkennung verweigern würde, würde der von der französischen Regierung

mit so großem Nachdruck vertretenen Politik der strikten Erfüllung des Friedensvertrages widersprechen.“

Nach Artikel 22 des Friedensvertrages sollen Gebiete, wie Togo und Kamerun, unter die Vormundschaft von fortgeschrittenen Nationen gestellt werden, die... am besten imstande und bereit sind, die Verantwortung für das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker auf sich zu nehmen. Die Vormundschaft hätten diese Nationen als Beauftragte des Völkerbundes und in dessen Namen zu führen. Eine Annexions Togo und Kameruns würde alle eine schwere und ausdrückliche Verletzung des Versailler Vertrages bedeuten.

### Die Versorgung der Kriegerwitwen.

#### Starke Reinigungsverschiedenheiten.

In Berlin verhandeln in diesen Tagen die Vertreter der Kriegsbeschädigten-Organisationen im Reichs-Arbeitsministerium über die Ausführungsbestimmungen zum neuen Versorgungsrecht. Bei Beratung des § 37 des Gesetzes kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Beauftragten der Regierung und den Vertretern der Organisationen.

Der § 37 des Gesetzes bestimmt, daß die erwerbsfähige Kriegerwitwe 30 %, die erwerbsunfähige 50 % der Vollrente bekommen soll. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Mutter ihren Kindern im Hause erhalten werden soll, wird dann weiter bestimmt, daß die Mutter, die ihr Kind selbst erzieht und versorgt, als erwerbsfähig angesehen werden und somit die höhere Rente von 50 % erhalten soll. Nun sind aber die Rentenätze für die Kriegsbüchlerbleibenden zu niedrig, um davon ausschließlich den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Es erhält z. B. die Witwe eines Fabrikarbeiters für sich und zwei Kinder 4461 Mark jährlich, die Witwe eines Fabrikbesitzers ebenfalls mit zwei Kindern 6687 Mark jährlich. In den größeren Städten genügen diese Sätze nicht, um die Kosten des Lebensunterhaltes zu bestreiten. Die Kriegerwitwe bedarf also eines Zuschusses einweder aus vorhandenem Vermögen oder aus einer Erwerbstätigkeit. Auf eine Anfrage des Vertreters des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten erklärte der Beauftragte der Regierung, daß diejenigen Kriegerwitwen, welche gezwungen sind, einen Zuschuß aus dem Erwerb zu bestreiten, nicht die höhere Rente erhalten können, da man von einer Frau, die regelmäßig einem Erwerb nachgeht, nicht sagen könne, daß sie ihre Kinder selbst erzieht und versorgt.

Gegen diese Auslegung des Gesetzes erhoben die Vertreter der Organisationen schärfsten Protest, und da dieser erfolglos blieb, verließen die Delegierten des Internationalen Bundes den Saal.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

\* **Finanzielle Notlage der Reichseisenbahn.** Auf der Reichsverkehrsministerkonferenz in Würzburg wurde die sehr bedenkliche finanzielle Lage der Reichseisenbahnen erörtert. Minister Brüderer ermahnte die Präsidenten, alles einzusehen und aufzubieten, um eine Besserung der Finanzlage herbeizuführen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Sebung der Leistungen der Eisenbahnen von der glücklichen Lösung der Personalfrage abhängig sei.

\* **Die Ausführungsbestimmungen zum Tunnelschädengesetz** werden vom Reichsrat demnächst verabschiedet werden. Die Einsetzung der Entscheidungsausschüsse erfolgt unmittelbar hierauf, die Ausschüsse werden ihre Arbeiten demnächst beginnen können, sodas schon im November die ersten Entschädigungen gezahlt werden können.

\* **Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung** auf Grund des Entwaffnungsgesetzes ist bisher zur Zufriedenheit des Reichskommissars ausgefallen. Augenblicklich ist in der Waffenabgabe eine Pause eingetreten. Man schätzt die Aufwendungen des Reiches für die Waffenabgabe bisher auf 20 Millionen Mark. Die Entwaffnung wird noch parlamentarische Rücksicht haben, da Teile der Bevölkerung verzögert sind, daß rechtzeitig erworbene Waffen nicht zum Kaufpreis erworben wurden, sondern ebenso wie die gestohlenen Reichswaffen nur mit Brämienspreisen zurückgekauft worden sind. Für Einwohnerecheweaffen wird nach Entscheidung des Reichskommissars keinerlei Entschädigung bei der Ablieferung bezahlt.

\* **Schulstreik in Eibersfeld.** Etwa 4000 Schulkinder sind nach vorangegangener Umzüge mit den Eltern durch die Stadt in den Schulstreik getreten. Es wird die sofortige Einführung der weltlichen Schule verlangt, während die Schuldeputation die Schaffung dieser Schule erst zum 1. April beschlossen hat. Eine Abordnung unterbreitete im Rathaus

dem Schuldegnerten fünf Forderungen, in denen neben der freien Schule auch die Mitarbeit von Vertretern der Landes- und Schulgesellschaft bei Errichtung der weltlichen Schule verlangt wird. Der Schuldegnert erklärte zu, die Schuldeputation sofort einzuberufen und ihr die Forderungen zu unterbreiten.

\* **Gegen den Schmuggel im Westen.** Die halbamtlich erklärt wird, hat zwischen Vertretern der Landes- und Staatsregierung in Münster eine Besprechung über den Schmuggelhandel an der holländischen Grenze stattgefunden. Abereinstimmend war man der Meinung, daß sich die Zustände an der Grenze dank dem energischen Durchgreifen der Sicherheitspolizei wesentlich gebessert hätten. Weitere Verbesserungen sollen durch Auffangmaßregeln im Hinterlande und eine scharfe Kontrolle der großen Eisenbahnstationen geschaffen werden.

\* **Wieder Moskauer als Moskauer!** Nicht charakteristisch für die völlig gezeigten Verhältnisse innerhalb der Unabhängigen ist auch der Kampf um die Parteikasse. Der Geschäftsführende Ausschuß der Partei in Groß-Berlin hat sich bereits zu einem Aufruf veranlaßt gesehen, in dem es unter anderem heißt: „Besonders warnen wir vor jeder unredlichen Aneignung und Zurückhaltung von Kassen oder Materialteilen, die der Gesamtmitgliedschaft gehören.“ Der „Vorwärts“ berichtet im Anschluß daran über einen solchen Kampf um die Parteikasse im westlichen Berliner Distrikt. Dabei habe man sich mit Häulen und Spargeräuden traktiert, und die Anhänger des rechten Flügels wären mit dem Schlußwort: „Wieder Moskauer als Moskauer!“ gegen die kommunistisch gerichteten Parteimitglieder losgezogen. Schließlich drangen die Kommunisten in die Wohnung des Kassierers ein und „befreiten“ die Kasse.

#### Großbritannien.

\* **Der Handelsvertrag mit Sowjetrußland** ist jetzt endlich zustandekommen. Danach dürfen Waren jeder Art, ausgenommen Kriegsmaterial, zwischen beiden Ländern frei ein- und ausgeführt werden. Handelsagenten mit konsularischen Befugnissen werden beiderseits zugelassen. Die Frage der Schulden der zaristischen Regierung wird bis zu einer Friedenskonferenz vertagt. Die russischen Delegierten haben schon große Antäue von Textilwaren und Maschinen gelehrt. Die erste Zahlungsrate wird in Gold geleistet, das bereits bei einer Bank in Ruval deponiert worden ist.

#### Polen.

\* **Weitere Erfolge über die Volkshewisten** meldet der polnische Pressebericht und besagt im einzelnen: Im Nordosten von Grodno erreichten unsere Abteilungen ohne Fühlung mit dem Feinde zu haben, die Linie des Flusses Ma. Die Verfolgung der in den Kämpfen bei Lida aufgetretenen bolschewistischen Divisionen entwickelt sich weiterhin sehr günstig. Die Reste der 2. Armee beträgt vom 20. bis 30. September 25 000 Gefangene und 160 Geschütze. Bei Baranowitsch machten Polener Abteilungen 1000 Gefangene und erbeuteten 36 Maschinengewehre.

#### Ungarn.

\* **Friedlicher Royalismus.** An Stelle der inzwischen eingegangenen Partei für ein ungarisches nationales Königtum hat sich eine neue Partei unter dem Namen Nationale Royalistenpartei konstituiert, an deren Spitze Staatssekretär Julius Bekas steht, und die bei Ausschaltung der Personalfrage die Wiedererrichtung des Königstums in Ungarn zu ihrem Programm gemacht hat. Aufschärfende Lösung wird von der Partei bekämpft.

#### Rußland.

\* **Trotsky verwundet?** Über Beringsford kommen allerdings noch unbestätigte Warnnachrichten des Inhaltes, daß sich in Rußland eine Streikbewegung ausbreitet. In vielen Stellen sei es zu Unruhen gekommen. In Petersburg sollen mehrere Kommissare erschossen worden sein. An der Westfront herrsche große Unruhe. Die Bevölkerung fordere sofortigen Frieden. Trotsky soll verwundet und Budjennyj vor ein Kriegsgericht gestellt worden sein.

#### Aus In- und Ausland.

\* **Berlin.** Die Zwangsverwirklichung des inländischen Tabaks wird für das neue Erntejahr aufgehoben werden. Die entsprechenden Bestimmungen werden erlassen werden, sobald die Verteilung der 1919er Inlandernte abgeschlossen ist.

\* **London.** In Irland sind seit dem 1. Januar 110 Vorkriegsleute gelistet worden. 13 Mitglieder der irischen Volkspartei haben unter dem Vorwand, die Arbeit, die sie verrichten müßten, alle sie an, den Abschied verlangt.

\* **Paris.** Auf dem Gewerkschaftskongress in Orleans trafen sich die meisten Redner gegen den Anschluß an die Dritte Internationale aus, namentlich Rivoll, der Führer der französischen Section.